

Der Geschäftsbericht der Generalkommission wurde in drei Referate eingeteilt. Legien berichtete über den gewerkschaftlichen Teil, Bauer über die Hilfsdienstfragen und N. Schmidt über die Ernährungsfragen. Der Bericht Legiens erstreckte sich auf die Unterstützung der Arbeitersekretariate, insbesondere des Braunschweiger Bezirkssekretariats, das von dem örtlichen Sekretariat abgetrennt wurde, über die Müllingsarbeiterstreiks und die Stellungnahme der Generalkommission dazu, über den Beitritt der Lehren zum „Roten Kreuz“, über die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Sammlungen für Kriegsbeschädigte sowie über einige Fragen der Kriegs- und Ubergangswirtschaft, wobei besonders die Einschränkung des Papierverbrauchs das Interesse der Gewerkschaftspresse berührte. Einen vom Vorstand des Handlungsgehilfenverbandes gegen die Vorklage der Generalkommission gerichteten Antrag, der verlangt, daß die Generalkommission nicht bloß mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sondern auch mit der Vertretung der unabhängigen Sozialdemokratie zusammenwirken soll, wies er mit der Begründung zurück, daß das von den Gewerkschaften getroffene Mannheimer Abkommen mit der Partei nur die eine Partei und die eine Reichstagsfraktion lenne. In der Debatte wurde die Ubergangswirtschaft, die Stellungnahme zur Friedensfundgebung des Reichstags, das Zusammenwirken mit der Partei und mit anderen Gewerkschafts- und Angestelltenverbänden, die politische Streifpropaganda und die Drückung der Konferenzprotokolle besprochen. Es wurde beschlossen, die Lehren nur im Auszuge durch Wiederabgabe der Beschlüsse mit entsprechenden Kommentaren zu veröffentlichen. Ein Antrag, eine Studienkommission für Ubergangswirtschaft und Handelsvertragsfragen einzusetzen, wurde der Generalkommission zur Prüfung der hierzu notwendigen Einrichtungen, Kräfte und Mittel überwiesen. Fernerhin soll die Generalkommission mit der zuständigen Reichsleitung für Ubergangswirtschaft über die Zusicherung von Arbeitervertretern zu den Selbstverwaltungskörperschaften verhandeln. Die Notwendigkeit einer Neuorganisation der Gehälter der Angestellten der Generalkommission wurde einstimmig anerkannt und eine Kommission mit den Vorarbeiten hierfür betraut. Der Antrag des Vorstandes des Handlungsgehilfenverbandes wurde gegen eine Stimme abgelehnt.

Der Bericht Bauers über Hilfsdienstfragen behandelte die Freizeiten von Hilfsdienst, die Ausschussarbeiten und die Vertretungen der Soldaten, in die Ausschüsse hineingezogen, sowie die seitberigen Erfahrungen aus der Wirklichkeit des Hilfsdienstgesetzes (Hilfsdienst, Beschäftigung und Organisation der Ausländer, Arbeitsvermittlung, Personalauswahlrecht und Wehrdienst). Besonders besprachen die Mitteilungen des Redners über die Aufhebung des Verarmungsrechts durch die Kommandobehörde des schlesischen Armebezirks aus Anlaß von wilden Vergewaltigungen, die mit dem Hilfsdienstgesetz nicht zu vereinbaren ist. Hierzu wurde beschlossen:

„Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände erhebt gegen die von den stellvertretenden Generalkommandos des I. und VI. Armeekorpsbezirks erlassenen Verordnungen über die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts entschieden Protest.“

Durch jene Verordnungen wird den gewerkschaftlichen Organisationen die Erfüllung ihrer Aufgabe, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen, unmöglich gemacht. Die Verordnungen verstoßen gegen den § 14 des Gesetzes betriebl. Vaterländischen Hilfsdienst und sind nicht zu vereinbaren mit den mehrfach von der Reichsregierung abgegebenen Erklärungen, wonach die Gewerkschaften auch unter dem Verlagerungszeitung weitgehendste Bewegungsfreiheit zugesichert werden soll.

Die Konferenz beauftragt die Generalkommission, schleunigst mit den zuständigen Regierungsstellen in Verbindung zu treten, um eine Aufhebung jener Verordnungen herbeizuführen. Sie erklärt, daß die Aufhebung des Verlagerungszeitung unbedingt notwendig ist, damit endlich das gesetzlich garantierte Vereins- und Versammlungsrecht wieder ungehindert ausgeübt werden kann.“

Ferner wurde gegen einen Erlaß des Kriegsammtes, der die Hilfsdienstpflichtigen am Arbeitswechsel wegen Erstrebung höherer Löhne hindert, Einspruch erhoben und die Generalkommission beauftragt, mit dem Kriegsamt über die Zurückziehung dieses Erlasses zu verhandeln.

Der Bericht von N. Schmidt über Ernährungsfragen behandelte die seit der Überabgabe der Rationierung eingetretenen Mängel in der Volksernährung, wobei er der Ubergangswirtschaft Ausdruck gab, daß der Brotgetreide- und Kartoffelmangel zu einem guten Teil auf die Verfüllung der zu menschlicher Ernährung bestimmten Vorräte an das Vieh verursacht sei. Er erörterte dann die Mängel bei

der Gemüse- und Obstversorgung und die Vervielfachung der neuen Ernte sowie die Regelung der Kohlenversorgung. Ein Beschluß wurde zu diesem Teile des Geschäftsberichts nicht gefaßt.

Danach erstattete Bauer den Bericht von der Internationalen sozialistischen Konferenz in Stockholm, die die Verständigung der Arbeiterparteien aller Länder herbeiführen sollte. Die Generalkommission hat zu diesen Beratungen drei Vertreter delegiert. Wenn die Konferenz auch das für sie vorgesehene Ziel nicht erreicht hat, so hat sie doch wenigstens bei den ausländischen Arbeiterparteien Aufklärung und Verständnis für die wirkliche Lage und die Friedensziele der deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gebracht. Ganz besonders ist zu begrüßen, daß der russische Arbeiter- und Soldatenrat darüber informiert werden konnte und dadurch der internationalen Verständigung ein einflussreicher Förderer erwacht wurde. In der Aussprache über die Friedensbestrebungen wurde von einer Seite das Zusammenwirken der Generalkommission mit der Partei sachlich angegriffen. Von einigen Rednern wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Generalkommission die Delegation zu solchen Konferenzen der Vorstandskonferenz zur Beschlußfassung unterbreiten möge. Mit der Geltung der Gewerkschaftsvertreter erklärte sich die Konferenz einverstanden. Die Generalkommission wurde ermächtigt, auch weitere Friedenskonferenzen dieser Art mit Gewerkschaftsvertretern zu bescheiden. Einstimmig beschloß die Konferenz folgende Zustimmung zur Friedensfundgebung des Deutschen Reichstags:

„Die Gewerkschaften Deutschlands beärbeiten es mit großer Freude, daß der Reichstag durch seinen Beschluß vom 19. Juli sich im Namen des deutschen Volkes für einen Verständigungsfrieden erklärt hat. In der Gesamtheit der Arbeiterbewegung, deren Interesse die Gewerkschaften vertreten, findet der Wille zur schnellen Beendigung des Krieges durch Verständigung der Völker nicht nur einstimmige Zustimmung; die Arbeiter Deutschlands sind auch bereit und entschlossen, mehr noch wie schon seither ihre Kräfte für die baldige Erreichung dieses Zieles einzusetzen.“

Daran schloß sich die Stellungnahme der Konferenz zu der bevorstehenden Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern, die die schweizerische Landeszentrale der Gewerkschaften im Auftrag der Stockholmer Konferenz vom 8. Juni d. J. einberufen hat. Legien berichtete über diese Konferenz in Stockholm und über die Vorgänge, die zur Einberufung einer neuen Konferenz in Bern führten. Die Vorstandskonferenz beschloß, die Berner Konferenz durch zehn Vertreter zu bescheiden. Dieser Konferenz soll eine Reihe gewerkschaftlicher Forderungen unterbreitet werden, die im Friedensvertrag bei Abschluß des Krieges Aufnahme finden sollen. Janßen berichtete über diese Vorlage, daß eine Gewerkschaftskonferenz in Leeds ein ähnliches Programm für die Gewerkschaften der Ententeländer aufgestellt habe, das nicht bloß große Ländern aufweise, sondern auch unabweisbare Forderungen enthalte. In die Vorlage der Generalkommission seien nur allgemeine Forderungen aufgenommen worden, während die besonderen beruflichen Forderungen beim Internationalen Arbeitsamt in Basel, dem der Charakter einer internationalen öffentlich-rechtlichen Institution zugehört, geltend gemacht werden sollten. In der Diskussion wurde eine anerkennende Redaktion einzelner Forderungen sowie deren Ergänzungen gewünscht. Die deutsche Delegation wurde ermächtigt, sich darüber vor der Berner Konferenz schlüssig zu werden. Die Delegationskosten werden von der Generalkommission vorauslagt und auf die Gewerkschaften umgelegt. Die Konferenz wählte 7 Delegierte sowie Ersatzmänner für diese und ermächtigte die Generalkommission, 3 Delegierte zu entsenden.

Sodann unterbreitete der für die Neuorganisation der Gehälter der Angestellten der Generalkommission eingesezte Ausschuss eine Vorlage, die von Leipzig eingehend begründet wurde. Er hob hervor, daß der Ausschuss sämtliche Beschlüsse einstimmig gefaßt habe. Die Gehaltsvorschläge des Ausschusses wurden nach kurzer Debatte einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Zur Stellungnahme zur Organisation der Kriegsteilnehmer wurde die Vorstandskonferenz beanlaßt durch die Gründung eines Bundes der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten, der den Zweck verfolgt, die gemeinsamen Interessen der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten durch diese selbst der Gesetzgebung gegenüber wie auch im Wirtschaftsleben zu wahren und Kameradschaft und Solidarität zu pflegen. Die Gründung des Bundes erfolgte aus Kreisen, die der modernen Arbeiterbewegung nahestanden, und im Gegensatz zu der auf der Ebene der Ubergangswirtschaft beschlossenen Zentralisation der Kriegsbeschädigten, die sich neuerdings der fräftigen Unterstützung der Schwerindustriellen erfreut

und dazu aufersehen scheint, die Selben abzulösen. Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände hatten sich im April dieses Jahres aus Anlaß der Essener Gründung gegen jede Sonderorganisation der Kriegsbeschädigten erklärt und deren Interessenwahrung für die Gewerkschaften und deren Arbeitersekretariate beansprucht. Die Vorstandskonferenz entschied sich nach einer einleitenden Schilderung eines Vertreters der Bundesleitung, der die Umstände, die zur Gründung dieser Organisation führten, sowie die ihr von behördlicher Seite gemachten Schwierigkeiten schilderte, für folgenden Beschluß: „Da der „Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer“ durch Maßnahmen der entscheidenden Behörden entgegen seinem Willen zunächst zu einer Organisation der Kriegsbeschädigten geworden ist, gilt für ihn das gleiche, was von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden gegenüber dem „Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich in Essen-Muhl“ in der Umgebung vom 3. April 1917 gefaßt worden ist. Die Konferenz der Vorstandsbereiter kann Stellung zu dem „Bund“ erst nehmen, wenn dieser unbeeinträchtigt durch Eingriffe der Behörden die Erfüllung seiner ursprünglichen Aufgabe, die Kriegsteilnehmer zu vereinen, wird in Angriff nehmen können.“

Im weiteren stimmte die Konferenz dem Anschließ des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Allgemeinen deutschen Chorführerverbandes an die Generalkommission zu. Der Deutsche Eisenbahnerverband darf zur Zahlung von Streikbeiträgen nicht herangezogen werden, er ist, nachdem die ihm seit her bereiteten Schwierigkeiten durch Verhandlungen mit den Eisenbahnverwaltungen und mit dem Deutschen Reichsanwalt aus dem Weg geräumt werden konnten, bereits zu einer erfreulichen Stärke herangewachsen und in bester Entwicklung begriffen. Der Allgemeine deutsche Chorführerverband (Zig Namheim) umfaßt etwa 2300 Mitglieder.

Zur Frage der innerpolitischen Neuorientierung nahm die Konferenz folgende Entscheidung an:

„Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände vertritt in der Frage der innerpolitischen Neuorientierung im Deutschen Reiche die Auffassung, daß diese längst notwendigen und zum Teil auch von der Reichsregierung angelegten Reformen nicht länger mehr verzögert werden dürfen. Insbesondere erachtet sie die Einführung eines mit den Beschlüssen der Volkserhebung im Einklang stehenden Regierungssystems und die Einführung eines wirklich demokratischen Wahlrechts für alle einzelstaatlichen Landtage sowie für alle Gemeinden als die dringendste Voraussetzung für eine gesunde innerpolitische und wirtschaftliche Entwicklung, die allein das deutsche Volk befähigt, die verhängnisvollen Wirkungen des Krieges bald zu überwinden.“

Nicht minder erwartet die Konferenz, daß diese innerpolitische Neuorientierung zu einer Sozialgesetzgebung führt, die der deutschen Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung im wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Leben sowie den sozialen Aufstieg zur ungemindert Teilnahme an der kulturellen Entwicklung des Volkes gewährleistet.“

Auf Antrag des Vorstandes des Deutschen Bauarbeiterverbandes wurde die Generalkommission beauftragt, die Wirkungen des Hebertrittsverbots (Mitgliederübernahme aus anderen Gewerkschaften) während des Krieges zu prüfen und die Frage der Aufhebung jenes Verbots auf die Tagesordnung der nächsten Vorstandskonferenz zu legen.

Luft, Licht und Sonne.

Manchem Kollegen und sehr vielen Kolleginnen mögen beim Ueberfliegen dieser Zeilen eigenartige Gedanken kommen. Nur zu viele werden in den jetzigen harten Zeiten den Sinn für andere als Nahrungs- und Daseinsfragen verloren haben. In erster Linie gilt es jetzt eben, die Frage zu lösen. Und doch ist gerade darum die Auserachtlassung allgemeiner Gesundheitsregeln verhängnisvoll. Wir alle sind uns darin einig — und prüfen es täglich aufs neue —, daß die gegenwärtige Lebensmittelaufteilung der Menge und der Güte nach ungenügend ist und daß wir dabei schlapper und schlapper werden. Unsere Gesundheit muß daher schweren Schaden erleiden. Mancher, der, einmal aufs Krankenlager geworfen, in normalen Zeiten bald wieder kurirt gewesen wäre, muß jetzt ins Gras beißen. Und das nur darum, weil der geschwächte Organismus nicht die Eigenkraft aufbringen konnte, die Krankheitserreger wirkungsboll zu bekämpfen. Es gilt also zur Zeitzeit noch mehr denn früher die Wohnung zu beherbergen: die Freizeit zur Körperkultur zu benutzen. Noch ist es Zeit. Bald aber wird uns die lange Periode der winterlichen Ueberstundenqual wieder in ihre Fesseln schlagen und verdoppelte Anstrengungen von dem geschwächten Körper fordern. Rufe darum jeder die Zeit und Suche Erholung draußen im Freien,

Luft und Licht und Sonne sind, Gott sei Dank, noch marktfrei. Wer will, kann davon im Überflus haben. Es sei deshalb aufs eindringlichste daran erinnert, daß Luft und Licht und Sonne wertvolle Faktoren zur Erhaltung unseres körperlichen Wohlbefindens darstellen. Ganz besonders möchte ich auf die Vorteile des Luft- und Lichtbades verweisen. Vernünftig, das heißt nicht übertrieben genossen, wirkt es geradezu Wunder in der Festigung der Gesundheit und Abhärtung gegen allerlei Zufälligkeiten. Es sei mir gestattet, mit wenigen Worten etwas näher darauf einzugehen.

Bekanntlich wird die menschliche Atmung nicht allein durch die Nase und den Mund besorgt, es nimmt vielmehr als überaus wichtiges Ausscheidungs- und Atmungsorgan auch die Haut daran teil. Sehr groß für die Bedeutung der Hautatmung ist der möglichst ungehinderte Zutritt frischer Luft, die Ausdehnung der Haut den Licht- und Sonnenstrahlen. Bei jedem Atemzuge dringt Sauerstoff auch durch die Haut in unser Blut ein. Sauerstoff gibt dem Blute seine schöne rote Farbe und reinigt es von den Giftstoffen, die es im Körper bei seinem Kreislaufe aufnimmt und zum Teil durch Ausatmen, zum anderen Teile aber durch Ausschwitzen durch die Haut aus dem Körperinnern herausbefördert. Je besser dieser Vorgang vor sich geht, um so gesünder ist der Mensch, und um so regelmäßiger er diesen Stoffwechsel begünstigt, um so abgehärteter wird er Krankheiten gegenüber sein.

Außerdem steht fest, daß der Mensch leidet, genau wie die Pflanze, im Lichte am besten gedeiht und wächst und andernfalls wie diese im Dunkeln verkümmert. Und daß das Luftbad auch auf die Stimmung des Menschen belebend einwirkt, das kann man in Bädern beobachten. Vergnügt wird dort der dezenteste Rekrutensoldat. Das Entblößen der Haut wirkt so unmittelbar gesundheitsfördernd, zumal mit der Entblößung ohne weiteres auch die Säuberhaltung der Haut zur Bedingung wird. Das aber erst bewirkt den ungehinderten Ausscheidungsprozeß. Und es muß doch eigentlich jedem einleuchten, daß je reiner die Haut ist und je ungehindelter die Giftstoffe durch die Hautporen entweichen können, im selben Maße das Blut gereinigter sein muß. Diese Hautpflege ist ungleich wirkungsvoller als sämtliche Blutreinigungstees, die meist viel Geld kosten und rein gar nicht den ihnen zugeschriebenen Wert haben. Wer da weiß, daß das Blut jedes Menschen mit sich — die ausgeschiedenen werden müssen, sofern man nicht krank werden will, der mache die Bahn frei. Halte die Haut rein und setze für reichliche Belichtung von Licht und Sonne.

Einmal hatte anlässlich eines Festes ein römischer Kaiser einige kleine Knaben vollständig mit Goldfarbe bestrichen lassen. Sie sollten kleine Engel darstellen. Weil dadurch aber für einige Zeit die Hautatmung unterbunden war, darum starben die Kinder. Sie waren wirkliche Engel geworden. Das ist der traurige Fall. Wer aber am Körper unreinlich ist, wer damit auch größere Teile der Haut ihrer natürlichen Tätigkeit entzieht, oder wer tagtäglich ohne Unterbrechung, in engerer, dichter Bekleidung stehend, seiner Haut keine frische Luft gönnt, der muß mehr oder minder Schaden erleiden. Reinlichkeit und Luft und Licht ist für die menschliche Haut so nötig wie Essen und Trinken. Noch ist es Zeit, noch können wir die Wohltat des Luftbades genießen. Wägen uns keine veralteten prüden Ansichten davon abhalten. Die Gesundheit — in heutiger Zeit doppelt wertvoll — muß uns höher stehen.

Aus unserem Beruf.

Arbeitslosenstatistik. Für die Berichterstattung an das Statistische Amt über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern unseres Verbandes im Monat Juli haben die Verwaltungen der Jahreshellen Duisburg, Hanau, M. Gladbach, Weisweilerfeld und Bittan die Berichtarten trotz erfolgter Mahnung nicht oder erst so spät eingeleitet, daß sie für die Zählung nicht mehr verwandt werden konnten. Diese 5 Jahreshellen mit zusammen 50 männlichen und 23 weiblichen Mitgliedern sind daher in dem nachstehend wiedergegebenen Ergebnis der Aufnahme nicht mit enthalten.

In den an der Berichterstattung beteiligten 102 Orten und Jahreshellen mit zusammen 5287 männlichen und 12635 weiblichen, insgesamt also 17922 Mitgliedern, waren am Stichtage, den 28. Juli, 32 männliche und 267 weibliche am Ort befindliche und 2 durchreisende, insgesamt also 301 Mitglieder arbeitslos.

Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 0,6, bei den weiblichen 2,1 und bei beiden zusammen 1,7 Arbeitslose. Im Vergleich mit dem Vormonat mit 1,4 Arbeitslosen auf

100 Mitglieder — 0,4 bei den männlichen und 1,9 bei den weiblichen — ist also eine kleine Steigerung der Arbeitslosenziffer zu verzeichnen.

Folgende Zusammenfassung zeigt die Entwicklung im Umfang der Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern vor und während der Dauer des Krieges:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag am Ort u. auf der Reise (behindert)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder								
	m.	w.	zus.	1916			1915			1914		
				m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1916												
Juli	125	807	932	2,0	7,1	5,8	10,7	8,7				
August	71	722	793	1,1	6,4	4,5	9,7	39,9				
September	79	620	699	1,3	5,6	4,1	9,5	31,1				
Oktober	78	584	662	1,3	5,2	3,9	8,4	24,0				
November	75	441	516	1,3	3,9	3,0	7,4	17,2				
Dezember	62	844	406	1,2	3,1	2,5	6,2	13,8				
1917												
Januar	52	360	412	1,0	3,3	2,5	6,3	12,8				
Februar	27	344	371	0,5	8,1	2,3	6,5	9,6				
März	39	297	336	0,8	2,6	2,1	5,4	8,2				
April	34	364	398	0,7	3,2	2,4	5,1	10,0				
Mai	30	277	307	0,6	2,4	1,8	5,2	10,4				
Juni	18	230	248	0,4	1,9	1,4	5,2	10,6				
Juli	84	267	351	0,6	2,1	1,7	5,3	10,7				

Der christliche Verband im Kriege. Obgleich die „Graphischen Stimmen“ ihren Aufsatz: „Unser Verband in den drei Kriegsjahren“ mit den Worten beginnen: „Am Ende des dritten Kriegsjahres steht unser Verband noch unerschüttert da“ — zeigt doch der Inhalt des Aufsatzes, daß es mit dieser „Unerschütterlichkeit“ recht sonderbar bestellt ist.

Seinem Mitgliederbestand nach ist das christliche Verbandsmitglied im Berichtsjahr von 2486 im 2. Vierteljahr 1916 auf 530 Mitglieder im 4. Vierteljahr 1916 zurückgegangen. Bei unserm Verbandsmitglied sind die entsprechenden Zahlen 32381 und 16552. (Anfang August 1917 17 975 Mitglieder.) Sein Verbandsvermögen sank im gleichen Zeitraum von 48 000 auf 30 000 M., während das unfrige, trotz bedeutend größerer Leistungen an die Mitglieder von 1 379 670 M. auf 1 423 299 M. angewachsen ist. An Unterhaltungen zahlte der christliche Verband im ganzen Jahre 1916 nur 5384,37 M. Und trotzdem eine fortwährende Abnahme des Verbandsvermögens! Allerdings nahm er an Wochenentzügen im Jahre 1916 nur 11 489 M. ein.

Von seinen Bewegungen zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen sagen die „Graphischen Stimmen“ selbst, daß eigentliche Tarifbewegungen überhaupt nicht stattgefunden; und weiter bei solchen ein Erlangen von Teuerungszulagen: „Hierbei fanden sich die Buchbinder und auch unsere Kolleginnen mit dem männlichen Hilfspersonal zumeist im Schlepptau der Buchdrucker.“

Wenn angesichts der oben angeführten Zahlen das christliche Verbandsmitglied erklärt: „Diese Zahlen beweisen — obwohl sie eine rückwärtige Entwicklung veranschaulichen — dennoch eine gewisse Stabilität des Verbandes; das kann uns über die an sich großen Verluste einigermaßen hinwegtrösten“ — so glauben wir kaum, daß dieser „Trost“ bei den denkenden Mitgliedern fröhliche Miene hervorruft. In der Tat nicht übel: Die „Stabilität“ (Stetigkeit) im Rückschritt als Trost für die Mitglieder!

Das Verhalten des Buchbinderverbandes wollen die „Graphischen Stimmen“ seiner Kritik mehr unterziehen. Wenn es nur wahr ist! Die christlichen Mitglieder sollen sich dagegen an den einzelnen Orten selbst zur Wehr setzen, „um die Gleichberechtigung zu erzwingen“. Unter Gleichberechtigung versteht nach seinen bisherigen Offenbarungen das christliche Blatt, daß sein Verbandsmitglied mit seinen paar Hundert Mitgliedern aus allen möglichen Berufen derselbe Einklang zuerkannt werden soll wie unserm Verbandsmitglied mit seinen rund 18 000 Mitgliedern. Eine derart unmögliche Gleichberechtigung zu „erzwingen“ vermögen natürlich ebensowenig die Mitglieder, noch der Verbandsvorstand, noch das Verbandsmitglied des christlichen Verbandes, weil das „allen demokratischen Grundgesetzen und Machtverhältnissen widersprechen würde.“

Eine wirkliche Gleichberechtigung und eine wirkliche Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen finden die Berufsangehörigen nur in einer großen, einigen, machtvollen Vereinigung wie im Deutschen Buchbinderverbande, nicht aber in einer Zwergorganisation wie dem christlichen Verbands, dessen Rückschritt auch im laufenden Jahre von der Verbandsleitung selbst im Jahresbericht zugestanden wird. Als Anzeichen hierfür kann auch das Bestehen festlicher Angaben über das christliche Verbandsmitglied im Juliheft des Reichsarbeitsblattes angesehen werden, obwohl die Verbandsvorstände selbst den Bericht über ihren jeweiligen Verband erstatten.

Heinrich Müller, Frankfurt a. M. gestorben. Wieder hat uns der Tod einen unserer treuesten und langjährigsten Verbandskollegen entzogen, der sich an allen Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung beteiligte. Mit Müller, welcher ein Alter von 86 Jahren erreichte, scheidet ein Kollege aus dem Verbandsleben, welcher sich schon in der frühesten Jugend demselben angeschlossen. Sein Hauptwirkungskreis war Frankfurt a. M., welchem er, besonders zur Zeit des Ausnahmestandes, seine ganze Kraft widmete. Auch bei der Gründung unseres Verbandes 1885 in Offenbach war Müller als Delegierter amwesend. Vielfach beteiligte er sich auch an den Agitationen im Gau 11. Daneben bekleidete er verschiedene Ehrenämter. Leider war auch ihm der Ersten Weltkrieg nicht leicht gemacht. Noch im vorgerückten Alter wanderte er mit Familie nach Amerika aus; kehrte jedoch schon nach Jahresfrist zurück. Seit Jahren war er krank und mußte sich deshalb vom öffentlichen Leben zurückziehen. So erlöste ihn der Tod am 31. Juli von seinen Leiden. Sein Andenken wird in der Frankfurter Verbandszeitung lebendig in Ehren behauptet werden.

Dr. Oskar Löwenthein, der Herausgeber und Verleger der früher in Dresden erschienenen, 1903 eingegangenen „Illustrierten Zeitung für Buchbinder“, ist am 13. Juli d. J. in seiner Villa in Dresden-Blasewitz gestorben. Paul Kerlens widmet ihm in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder“ einen längeren ehrenvollen Nachruf, in dem er die Verdienste des Verstorbenen um die Erweckung der deutschen Buchbinderei zu einem Kunstgewerbe hervorhebt. Löwenthein hat sich auch hervorragende Verdienste um die Organisation der deutschen Buchbindermeister erworben. Der Bund deutscher Buchbinderinnungen ist sozusagen seine eigene Gründung.

Der Arbeiterbewegung stand allerdings die „Illustrierte“, wie sie kurzweg genannt wurde, verhältnismäßig gegenüber und in den achtziger und neunziger Jahren hat unser Verbandsblatt daher manchen Strauß mit ihr ausgefochten. Das soll uns allerdings nicht abhalten, anzuerkennen, daß der Verstorbene aus reinem künstlerischen Streben der Buchbinder eine gediegeneren Platz mit hat erobern helfen.

Wf. Ges. für Kartonnagenindustrie in Dresden-Poschwitz. Nach dem Verwaltungsbericht über das Geschäftsjahr 1916/17 beträgt der Betriebsgewinn 3 800 033 M. (1915/16: 3 285 902 M.). Die Unkosten erforderten 882 700 M. (621 566), die Abschreibungen 271 285 M. (294 573). Dem Spezialreservefonds werden wieder 200 000 M. und dem Wohlfahrtsfonds wieder 50 000 M. überwiesen. Weiter erhalten Vorstand, Hilfsdirektoren, Profuranten und Beamte 492 179 M. (589 035), und der Aufsichtsrat 123 708 M. (118 914) Vergütungen. Einschließlich 170 727 M. (122 220) Vortrag aus dem Vorjahr verbleiben 1 624 481 M. (1 337 926) zur Verfügung der Generalversammlung. Auf das im Berichtsjahre zwecks Tilgung der Genussscheine um 1 Million Mark auf 4,5 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital sollen 28 Proz. Dividende (i. H. 23 Proz. auf die Aktien und 137 M. auf jeden Genussschein) = 1 260 000 (1 161 200) M. gezahlt werden. — Die Betriebe der Gesellschaft — gegenwärtig deren zwölf — waren im abgelaufenen Geschäftsjahre voll beschäftigt. Im neuen Geschäftsjahr hält sich der Umsatz bis jetzt annähernd auf vorjähriger Höhe, jedoch machen es die gesteigerten Schwierigkeiten in der Beschaffung von Rohmaterialien und geeigneten Arbeitskräften zurzeit unmöglich, die Aussichten des neuen Geschäftsjahres zu beurteilen.

Korrespondenzen.

Chemnitz. In unserm Bericht über Teuerungszulagen schrieben wir in voriger Nummer, die Erledigung der Lohnfreistellung bei der Firma Wittenhahn u. Sohn sei erneut dem Schlichtungsausschuß überwiesen. Zum Schiedspruch ließ es die Firma W. u. S. aber nicht kommen, sondern diese verhandelte nunmehr mit dem Personal, von dem die Firma sich „die Pistole nicht auf die Brust setzen ließ“. Ueber die vereinbarten Sätze der Teuerungszulagen bestehen über das Angeitandene Meinungsverschiedenheiten. Die Unterhändler sagen, die Firma habe für männliche Arbeiter 20 M. je Monat und für die Kollegeninnen 10 M. bewilligt. Dagegen sagt die Firma, für die Arbeiterinnen nur 6 M. je Monat zugestimmt zu haben, und war diese auch nicht zu bewegen, durch erneute Verhandlungen weitere Zugeständnisse zu machen. Der Schlichtungsausschuß war ausgeschaltet, dadurch, weil der größere Teil des Personals auf Veranlassung des Betriebsführers Karstisch, der mit Drohungen und allen Finstern arbeitete, ein Schriftstück unterschrieben hatte. An der Bewegung war das Buchbinder- und Druckereihilfspersonal beteiligt. Die Arbeiterinnen sprechen offen aus, dupiert worden zu sein. Eine zu

friedenstellende Lösung hat die äusserst geringe Teuerungszulage von 6 Pf. je Monat der Arbeiterzettel nicht ausgereicht, bei ihnen aber die Heberzeugung gefestigt, daß selbst diese geringen Zugeständnisse nur durch das Eingreifen der Organisation erreicht wurden. Zahlte diese hier am Orte sehr angesehene Firma bisher den männlichen Arbeitern doch nur 6 Pf. und den Arbeiterinnen gar nur 2 Pf. Teuerungszulage je Monat bei eben solchen unzulänglichen Löhnen von 13 bis 28 Pf. für Männer und 7 bis 15 Pf. für Arbeiterinnen. Freilich können die Beschäftigten „sehr viel mehr“ verdienen durch reichliches Heberberufschäften und Arbeit-mit-nach-Hause-nehmen. Selbst der Werkführer Herr Harnisch scheint im Lohnverhältnis arg knapp gehalten zu sein, da er Heimarbeit in ganz beträchtlichen Mengen — Innungsmeister behaupten. Wagnis-labungen voll — nach Stufe gefahren bekommt, um diese dann in nächstlicher Stunde fertigzustellen oder von seinen Angehörigen im Heberberufdienst fertigstellen zu lassen. Harnisch ist eben noch einer jener alten zurückgebliebenen Elemente, die da glauben, durch Wiederholung der ihnen unterstehenden Arbeiter sich selbst eine Stufe höher bauen zu können, die den Lauf der Welt noch nicht beriffen haben. Vorläufig müssen sich die Beschäftigten bescheiden; sie sind sich aber auch klar darüber, daß eine Regelung der Arbeitszeit, der Bezahlung für Heberzeitarbeit und eine Erhöhung der Löhne Ring greifen muß. Sie stellen diese Wünsche zurzeit nur zurück, um die Ferienzeit vorüberzulassen.

Ruszeichnungen.

Durch Verleihung des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet wurden die Kollegen: Ezekeias Kurdelski und Ernst Ordas, Mitglieder der Zahlstelle Berlin; Heinrich Förster, Mitglied der Zahlstelle Krefeld; Gustav Höllein, Mitglied der Zahlstelle Ludenwabe und August Bühner, Mitglied der Zahlstelle Pforzheim.

Rundschau.

Gewerbliche Betriebszählung vom 15. August 1917. Das Kriegsamt hat im Einverständnis mit dem Reichsamt des Innern eine gewerbliche Betriebszählung angeordnet, die um die Zeit des 15. August stattfinden soll. Wiewohl erscheint eine solche Erhebung als lästige Störung in einer Zeit, welche alle Arbeitskräfte ohnehin aufs äußerste anspannt. Aber die ziffernmäßige Erfassung des deutschen Gewerbestandes ist eine unaufschiebbare Notwendigkeit für unser Gemeinwesen. Die neue Statistik soll ein Bild von der tiefen Umgestaltung, die das gewerbliche Leben in Deutschland während des Krieges erfahren hat, geben. Das Kriegsamt braucht diese Zahlen, um die wirtschaftliche Kriegsführung erfolgreich fortsetzen zu können. Nicht anders lassen sich Bahnen auffinden, auf denen die deutsche Volkswirtschaft in die Verhältnisse des Friedens ohne zu große Weibungen übergehen kann. Es waren also schwerwiegende Gründe, aus denen der Leiter des Kriegsammtes, Generalleutnant Groener, an die deutsche Bevölkerung seinen öffentlichen Aufruf zur willigen und opferfreudigen Mitarbeit an der gewerblichen Betriebszählung gerichtet hat.

Von den allgemeinen deutschen Betriebszählungen der Jahre 1882, 1895 und 1907 unterscheidet sich die jetzige Erhebung dadurch, daß sie sich auf das für die Kriegszeit, die Kriegs- und Hebergangswirtschaft durchaus Notwendige beschränkt.

Die Zählung wendet sich an das Handwerk, die Industrie mit Einschluß des Hausgewerbes und der Heimarbeit, die Baugewerbe, den Bergbau, die Gütten und Salinen, den Groß- und Kleinhandel, die Gast- und Schankwirtschaften, einschließlic der Fremdenheimen, die Sanatorien und ähnliche Einrichtungen, die Erwerbszwecke dienen. Ebenso werden die Versicherungsgewerbe, die privaten Verkehrsunternehmen, die Theater-, Musik- und Schaustellungsgewerbe erfasst. Auch die Fischerei und die Gärtnerei, wenn sie nicht adermäßig betrieben wird, gelten als Gewerbe.

Dagegen sind von der Zählung die sämtlichen rein landwirtschaftlichen Betriebe ausgeschlossen — nur die damit verbundenen Gewerbebetriebe werden festgestellt. Krankenhäuser und Lazarette, die überwiegend Wohlfahrtswenden dienen, bleiben ebenso unberücksichtigt wie die großen öffentlichen Unternehmungen des Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens; nur ihre Werkstätten und Fabriken kommen in Betracht.

Jubiläum im Steinsegerverbande. Am 1. und 2. August 1892 fand in Stettin der 3. Verbandstag des „Zentralverbandes der vereinigten Steinsegergesellschaften in Deutschland“ statt, einer Organisation, deren Aufgabe die Pflege eines geregeltten Gesellenwesens, d. h. des Junfwehens war,

das im Steinsegergewerbe im vorangegangenen Jahrzehnt, besonders aber in Berlin, eine förmliche Wiedergeburt gefeiert hatte. Als im Jahre 1882 die Berliner Steinsegerinnung ihr 150jähriges Bestehen feierte, war das für die Berliner Steinsegergesellschaften der Anlaß, sich zu den schon vorhandenen Gewerkschaften noch eine neue zuzulegen und zu deren Beise, an der auch die Innung vollzählig teilnahm — einen großen festlichen Umzug durch die Straßen Berlins zu veranstalten. In der Eingabe an das Berliner Polizeipräsidium um die Genehmigung zu diesem Festzuge konnte der Mitgeselle sich mit Recht darauf berufen, daß die Berliner Steinsegergesellschaften sich „bis her von allen sozialen Bestrebungen ferngehalten“ haben. Das hat aber nicht zu verhindern vermocht, daß im Jahre 1892 die freigewerkschaftliche Strömung doch schon so stark geworden war, daß sie endlich auf dem erwähnten Verbandstage in Stettin sich durchsetzen konnte. So wurde dieser Verbandstag zugleich der erste des heutigen Verbandes der Steinseger, Pfisterer und Berufsgenossen Deutschlands.

Mit dem Verbandstag waren selbstverständlich die inneren Widerstände noch lange nicht überwunden, wenn sie auch nirgends so stark hervortraten wie in Berlin. Wabey ein ganzes Jahrzehnt dauerte es noch, ehe die Rüstflerei auch innerlich als überwunden angesehen werden konnte. Hinzu kam eine beispiellos schlechte Geschäftslage, die dem jungen Verbands die Erfüllung seiner gewerkschaftlichen Aufgaben recht schwer machte. Dann aber ging es mit Riesenschritten vorwärts und aufwärts.

Der Krieg hat in diese Entwicklung mit rauher Hand eingegriffen. Da der Beruf gesunde und kräftige Arbeitskräfte erfordert, so ist naturgemäß die Zahl der zum Kriegsdienst berufenen Mitglieder eine besonders hohe.

Gleichzeitig mit dem Verbands kam auch der Vorsitzende des Verbandes, der Genosse Alexander Knoll, an diesem Tage auf eine 25jährige Tätigkeit, zugleich auch als Redakteur des Fachorgans, zurückzublicken.

Teuerungszulage im Malergewerbe. Die diesjährige Bewegung für eine Teuerungszulage im Malergewerbe gestaltete sich recht kompliziert; sie konnte in den letzten Wochen indes auch dort zum Abschluß gebracht werden, wo zunächst Schwierigkeiten bestanden. Wurden seit 1908 im Malergewerbe alle Tarifverhandlungen general geführt, so sollten diesmal die Unternehmer der einzelnen Orte selbstständig entscheiden. Das brachte jedoch so verschiedene Resultate und Ungleichheiten, daß doch noch von zentraler Stelle eingegriffen werden mußte. So wurden Zulagen bewilligt von 21 Pf. für die Stunde bis herab zu 4 Pf.; in einigen Städten kam überhaupt kein Beschluß zustande. Darum fanden am 16. Mai unter Mitwirkung des Reichsamts des Innern zwischen den Vorständen der Unternehmer und der Gehilfenorganisationen allgemeine Verhandlungen statt. Hierbei wurde als niedrigster Satz für ein dieses Jahr erneut zu zahlende Teuerungszulage 10 Pf. für die Stunde festgesetzt und bestimmt, daß in Großstädten und Städten mit Kriegsindustrie und ungünstigen Lebensverhältnissen darüber hinausgegangen werden solle. Die Ausführung dieser Vereinbarungen wurde den Gau- bzw. Bezirksinstituten der beiderseitigen Organisationen übertragen. Wo keine Einigung erfolgte, sollten die einzelnen Bundesregierungen und die Zentralvorstände eingreifen. — Die darauf eingeleiteten Verhandlungen führten bald zu einem gewissen Abschluß; nur die bayerische Gauorganisation der Unternehmer leistete zunächst größeren Widerstand. Doch wurde auch dieser durch den Einfluß der zentralen Verbandsleitungen gebrochen. — Im Durchschnitt dürften für alle beteiligten Gehilfen etwa 15 Pf. Zulage, mit der vorjährigen zusammen 20 bzw. 21 Pf. für die Stunde zur Auszahlung kommen.

Adressenänderungen.

Düsseldorf: B. u. K. Frick Delfen, Reanderstraße 30 II.

ANZEIGEN.

Neu! „Leimol“ Neu!

garantiert sehr schnell und fest klebend, für Pappier und Pappen in kaltem Zustande, für Holz, Stein, Metall usw. in heißem Zustande genau wie Knochenleim zu verwenden, kann auch zum Strecken von Knochenleim verwendet werden.

100 Kilo M. 70, — ab Leipzig, bei größeren Bezügen Ermäßigung. Probe gegen Einsendung 1 M. gern zu Diensten.

Chem. Fabrik Aug. F. Fiebig, Leipzig-Eutr.

Tüchtige Presser

sowie mehrere

Decken- u. Fertigmacher

(möglichst militärfrei) sofort für dauernd gesucht.
Druckerei-Ges. Hartung & Co., Hamburg 25.



Wer zerflüssenes Schuhwerk, Lederhosen, Schürzen, Kleider, Zelt- und Wagenbeden, Nyl u. vieles andere selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich

„Nähable Stepperin“

Sie näht spielend den Stofflich wie Maschine und leicht sich in ganz kurzer Zeit im Handhabe wie bei Handarbeit. Garantie für Druckbarkeit. Zahlreiche Anerkennungen und Nachbestellungen u. u. u. Preis 2,50 M. mit fort. Nadeln gegen Voreinsendung oder Nachnahme durch:

General-Vertreter Chr. Schopper,
:: Stuttgart I, Schwabstraße 67 ::

Tüchtige Druckerleibuchbinder und Buchbindergehilfen

(möglichst militärfrei) in Dauerstellung für kriegswichtigen Betrieb sofort gesucht.
Hofbuchdruckerlei Max Hahn & Co.
Wannheim H. 2. 2.

Todesnachricht.

Allen Kollegen und Kolleginnen hiermit die Trauernachricht, daß meine innigstgeliebte Frau

Luisa Mähler, geb. Grobe

am 10. August nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Erfurt, am 10. August 1917.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
In tiefer Trauer
Karl Mähler.

Bündfaden

für Post- und Bahnversand.
Probe 5 kg. gegen Nachnahme.
Lieferung nur an Selbstverbraucher.
Willy Rendsburg, Kiel 26.

1 Patent-Pappenschere (Strause)

mit Zentralfstellung des Anschlagwinkels, 100 cm Schnittlänge, 100 cm Tischbreite, ganz aus Eisen, Tisch Holz, für M. 200 zu verkaufen.
Offerten unter N. 2. 1 an die Exped. d. Blattes.



entlieh. Bett-Gautjuden geheilt in 2 Tag. o. Berufsstör. 100000 f. bzw. Monat. Ab. 100 Geilber. Verf. n. ausw. Personenzug. „Salus“, Bochum 81, Kortumstr. 13.

Deutscher Buchbinder-Verband. Zahlstelle Frankfurt a. M.-Offenbach.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, mitzutellen, daß unser treuer und ältester Kollege

Gottlob Heinrich Müller

nach langen Leiden im Alter von 68 Jahren verstorben ist. Wir verlieren in dem Dahingeschiedenen wieder einen Kämpfer, welcher sich durch seine Tätigkeit für den Verband ein bleibendes Denkmal errichtet hat.

Ehre seinem Andenken.
Die Ortsverwaltung.